

# Das Verhältnis von Stadt und Region zur Universität

Günter Koch

## 1 Universität und Stadt

Besonders die Traditionsuniversitäten in den USA verband lange Zeit mit ihren Städten wenig mehr als nur ein Teil ihres Namens. Verschärfte Wettbewerbsbedingungen und ein enger werdender Finanzrahmen zwingen beide Seiten auch in den USA zu Kooperationen, die zur Zeit höchst unterschiedlich definiert werden: Auf der einen Seite wird eine praktische und personelle Verflechtung und Partnerschaft im gemeinsamen Interesse erprobt, auf der anderen Seite stehen sich voneinander abhängige Kontrahenten gegenüber, die eher die Belastungen und weniger die Chancen eines Miteinanders im Auge haben.

## 2 "Kopfsteuer für Studierende" - Der Fall Evanston

Evanston, eine kleine strukturschwache Stadt mit rd. 70.000 Einwohnern im Norden von Chicago, Illinois, sorgte im September 1990 landesweit in den (privaten) Universitäten und in den Hochschulstädten für erhebliches Aufsehen. Der Stadtrat beschloß am 10.09.90, eine Steuer von 45 Dollar je Student und Jahr von den im Stadtgebiet liegenden vier Hochschulen zu erheben. Dies sollte der Kommune zu jährlichen Mehreinnahmen von rd. 538.000 Dollar verhelfen. Damit erreichten die langjährigen Bemühungen der kommunalen Vertreter, ihre Einnahmen zu Lasten der Hochschulen zu verbessern, ihren Höhepunkt.

Begonnen hatte alles im Jahr 1982. Schon damals war die Idee aufgekommen, über eine rechtlich zulässige Sondersteuer die Hochschulen zu einer Mitfinanzierung von kommunalen Aufgaben, insbesondere für die Polizei und die Feuerwehr, zu zwingen. Zielscheibe dieses Vorstoßes war die wohlhabende private North-Western University in Evanston mit ihren 9.200 Studierenden. Sie hat wie andere größere Universitäten auf ihrem Campus ein autarkes Versorgungssystem aufgebaut. Die Umsätze, die hier mit einem umfassenden Waren- und Dienstleistungsangebot für alle Hochschulangehörigen erzielt werden, sind von der Gemeindesteuer befreit.

Erst als sich die North-Western University bereit erklärt hatte, mit der Stadt gemeinsam einen Forschungspark zu finanzieren, wurde die Steueridee zu-

nächst aufgegeben. Doch in den folgenden Jahren nahmen die Spannungen zwischen der Stadt und der Universität wieder zu. Die finanzielle Beteiligung der Universität am Forschungspark wurde immer weniger als ein Ersatz für die Steuerlast der übrigen Bürger angesehen. So hatte der Beschluß über die Einführung der "Kopfsteuer" im Jahre 1990 sehr viel mehr Anhänger als 1982. Zu einer Erhebung dieser Abgabe kam es allerdings auch 1990 noch nicht. Gegen den Beschluß des Stadtrats legte die Bürgermeisterin, vermutlich aus taktischen Gründen, ihr Veto ein. Die zur Aufhebung des Vetos notwendige qualifizierte Mehrheit wurde in der nachfolgenden Sitzung nicht erreicht.

Die Befürworter der Steuer argumentierten, es sei nicht einzusehen, daß die Studiengebühren jährlich um Hunderte von Dollar anstiegen, daß aber 45 Dollar im Jahr für die kostenlose Inanspruchnahme der kommunalen Leistungen unzumutbar seien (bei Studiengebühren von 13.725 \$ pro Jahr). Die Gegner der Steuer sahen darin eine unmoralische Bildungssteuer. "Bildung ist ein Ziel, das von den meisten Bürgern der Stadt und des Landes hoch eingeschätzt wird. Es ist ungerecht, Studenten für etwas zu besteuern, zu dem wir sie ständig ermutigen", so die Bürgermeisterin zur Begründung ihres Vetos.

Daß das Veto wohl nur vorläufig sein würde, macht die Bürgermeisterin klar: Niemand in der Gemeinde sei über die Gleichgültigkeit der Universität gegenüber den Bürgern der Stadt mehr verärgert als sie. Sie werde daher weiter mit der Hochschule über eine größere finanzielle Beteiligung an den Gemeindeaufgaben sprechen. Das Damoklesschwert der Steuer werde bleiben und die Universität befinde sich damit in einem andauernden Belagerungszustand. Ein Sonderausschuß des Stadtrates werde das Problem mit der Universität weiter erörtern und ihr vierteljährlich berichten.

Inzwischen hat die North-Western University in der Hochschulleitung einen Verantwortlichen für die Pflege der Beziehungen zur Stadt berufen.

Experten in anderen amerikanischen Hochschulen bezeichneten diesen Konflikt zwar als Extremfall, doch sei er im Kern typisch für eine vielerorts gestörte Kommunikation zwischen Universitäten und den Kommunen ihres Sitzes. Viele Hochschulen seien sich oft nicht bewußt, daß sie auch eine Verantwortung gegenüber ihrem regionalen Umfeld entwickeln müßten. Die noch häufig anzutreffende Introvertiertheit insbesondere der namhaften privaten Hochschulen sei nicht mehr zeitgemäß. Angesichts der durch soziale Probleme und die augenblickliche Rezession hervorgerufenen kommunalen Finanznöte und des von den Hochschulen extensiv genutzten Steuerprivilegs reiche es nicht aus, z.B. auf die gepflegten Grünanlagen eines Campus als

Angebot für erholungssuchende Bürger zu verweisen. Im Vergleich zur Unwirtlichkeit vieler amerikanischer Städte muß die nach außen heil wirkende Universitätslandschaft bei einem durchschnittlichen Bürger eher Neid erwecken. Ein Zitat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 23.03.91 aus einem Bericht über die ebenfalls in Evanston liegende Kellogg Graduate School of Management: "Draußen auf dem Lake Michigan schaukeln Segelboote. Im Park und entlang der Uferpromenade joggen Frühaufsteher. Das Frühstücks-Buffer ist so reichhaltig wie in einem Luxushotel. Von einer durchschnittlichen deutschen Wirtschaftsfakultät unterscheidet sich die Kellogg School wie ein Drei-Sterne-Restaurant von einer Feldküche."

Bei allen von unserer Fulbright-Gruppe besuchten Hochschulen fiel uns auf, daß bis auf eine Ausnahme Hochschulangehörige nicht in den Gemeindeparlamenten vertreten waren und umgekehrt nur wenige Vertreter der Hochschulstädte in das oberste Leitungsgremium einer Universität, den Board of Regents, berufen wurden. Eine persönliche Begegnung und wechselseitige Vertretung und damit ein natürlicher Abbau von Entfremdung finden nicht statt.

### **3 Die Universitäten und die Bürgerinitiativen**

Sahen sich die North-Western University und die anderen Hochschulen in Evanston dem Druck des obersten Stadtorgans ausgesetzt, so mußte die Universität Georgetown, Washington DC, im Jahr 1990 einen schweren Konflikt auf anderer kommunaler Ebene mit den sog. "neighborhood associations", den örtlichen Bürgerinitiativen, bestehen.

Die Privatuniversität Georgetown, 1989 zweihundert Jahre alt geworden, liegt im Nordwesten der Hauptstadt Washington in einer städtebaulich überaus reizvollen Lage oberhalb des Flusses Potomac. Der Campus grenzt unmittelbar an eines der exklusivsten Wohn- und Geschäftsgebiete. Die Universität beschäftigt 6.800 Mitarbeiter; sie hat 7.323 Studierende, davon 5.372 Undergraduates. Für 4.000 von ihnen stehen Wohnheimplätze auf dem Campus zur Verfügung.

1989 legte die Universität den Entwurf eines Hochschulentwicklungsplans (Master Plan) vor. Innerhalb der nächsten zwanzig Jahre sollten zwanzig architektonisch anspruchsvolle bauliche Einzelmaßnahmen auf dem Campus durchgeführt werden. Hierzu zwingen nicht etwa steigende Studentenzahlen; es wird nur mit sehr geringen Zuwachsraten gerechnet. Eigentlicher Grund für die Baumaßnahmen ist die notwendige Verbesserung der Studien-, For-

schungs- und Wohnbedingungen, um den hohen Qualitätsstandard und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Universität zu erhalten.

Dieser Plan bedurfte der Zustimmung des kommunalen "Board of Zoning Adjustment" und der vorhergehenden Abstimmung mit neun Bürgerinitiativen der angrenzenden Wohn- und Geschäftsquartiere. Einen breiten Raum in den Erläuterungen des "Masterplans" nehmen neben den geplanten baulichen Maßnahmen - und das ist hier aufschlußreich - die Verflechtung mit der Stadt und die wirtschaftliche Bedeutung der Universität ein.

Die Georgetown University glaubt, in ihrer traditionsreichen Geschichte sich immer ihrer Verantwortung gegenüber der Stadt bewußt gewesen zu sein. So verweist sie vorrangig auf ihre von Studierenden getragenen Sozialprogramme für Obdachlose. Für Kinder aus unterprivilegierten Schichten, für Analphabeten und ältere Menschen gibt es weitere umfassende Hochschulprogramme. Im Rahmen der Weiterbildung werden Managementkurse angeboten. Das Klinikum steht den Bürgern Washingtons zur Verfügung. Sport- und Kulturveranstaltungen können auch von Bürgern außerhalb der Hochschule genutzt werden. Diese Angebote und das damit belegte kommunale Engagement ist für die Georgetown University Grundlage für ein Selbstverständnis, mit dem sie im geistigen, sozialen und kulturellen Leben Washingtons eine wichtige Rolle spielt.

Aber die Universität sieht sich auch auf ökonomischem Gebiet als starke Kraft mit positiver Ausstrahlung auf die kommunale Wirtschaft. Sie nennt zunächst die Ausgaben der Studierenden und der vielen Besucher und Kongreßteilnehmer. Mit den 6.800 Beschäftigten gehört sie zu den größten privaten Arbeitgebern. Mehr als zwei Drittel der Universitätseinnahmen kommen von außerhalb und werden über Löhne (83 Mio. Dollar jährlich) und andere Ausgaben letztlich der Stadt und ihrer Wirtschaft zugeführt. Zusammen mit den Aufwendungen für Neubauten und Renovierung (200 Mio. Dollar in den letzten 5 Jahren) und dem Kauf von beweglichen Gütern und der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen (zusammen 61 Mio. Dollar jährlich) sichert die Universität in der Region Tausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Der Campus der Universität als Spiegelbild einer zweihundertjährigen lebendigen Architekturgeschichte stellt in der Sicht der Universität zusammen mit dem sie umgebenden Stadtteil einen der Anziehungspunkte Washingtons dar. Die Universität sei seit ihrer Gründung immer ein aktives Mitglied der Stadt gewesen; man gedenke, dies auch in Zukunft zu bleiben und man sei bereit, mit allen Beteiligten an einer ständigen Verbesserung dieser integrativen Rolle zu arbeiten.

Bei den Gesprächen mit den Vertretern der Stadt und vor allen Dingen mit den stadtteilbezogenen Bürgerinitiativen traten jedoch all diese wichtigen Beiträge der Universität für das kommunale Leben in den Hintergrund. Als in der Wahrnehmung der Bürger bestimmender Faktor erwiesen sich dagegen Schwierigkeiten mit den nicht auf dem Campus wohnenden Undergraduates. Deren (noch) nicht angepaßtes Verhalten in der Öffentlichkeit und ihre z.T. illegalen und alternativen Wohnformen stießen auf Ablehnung. Es half der Universität wenig, daß auf dem Gebiet der Wohnraumversorgung der Studenten bereits Vorbildliches geleistet wurde. 83 % der Undergraduates wohnen auf dem Campus. Seit 1976 sind allein 2.170 Plätze geschaffen worden. Der öffentliche Druck war so groß, daß sich die Universität, um ihren Entwicklungsplan durchzusetzen, letztlich bereiterklären mußte, mittelfristig alle Undergraduates auf dem Campus unterzubringen und damit gleichzeitig eine Zulassungsbeschränkung für Studienanfänger hinzunehmen. Weiterhin wurde die Universität gezwungen, sich mit den Bürgerinitiativen vierteljährlich zu treffen und über alle baulichen Entwicklungen zu berichten.

Zur Überbrückung des Zeitraums bis zum Abschluß des Studentenwohnbauprogramms richtete die Universität eine eigene Abteilung zur Betreuung der außerhalb des Campus wohnenden Studierenden ein, die gleichzeitig der ständige Ansprech- und Verhandlungspartner der Bürgerinitiativen ist. (Die jährlichen Kosten dieser Abteilung liegen bei rd. 215.000 Dollar.) Die Disziplinarordnung der Universität wurde verschärft und ein ständig besetztes Büro eingerichtet, um jeder Beschwerde der Nachbarn über Studierende nachzugehen und im Bedarfsfall den Konflikt mit der örtlichen Polizei gemeinsam zu regeln. Zur Pflege der Nachbarschaftsbeziehungen sichert die Universität im Rahmen des "Community Outreach Programs" die Fortsetzung ihrer sozialen Programme sowie die Öffnung ihrer kulturellen und sportlichen Veranstaltungen. Sie wird außerdem ein "Neighborhood Watch Program" einrichten. Hiermit soll dem Sicherheitsbedürfnis von Studierenden und Bürgern entsprochen werden. Unbewaffnete Studierende werden auf freiwilliger Basis in besonderer Kleidung und deutlich gekennzeichneten Autos den an die Universität angrenzenden Stadtteil durchfahren und über Funk verdächtige Situationen melden. Man hofft, daß die Präsenz dieser Beobachtungspatrouillen präventiv wirkt.

Als ein weiterer Störfaktor eines friedlichen Miteinanders von Universität und Stadtbevölkerung erweist sich häufig der Verkehr zur Hochschule durch die angrenzenden Wohngebiete. Zur Entschärfung dieser Situation hat die Universität nach ihrer Darstellung Vorbildliches geleistet. Dazu gehören eine konsequente Parkraumbewirtschaftung, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Stadtgebiet durch Verlegung des Eingangs zur Universität, Einrichtung von

universitätseigenen Transferverbindungen mit den Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs im 15-Minuten-Takt, Umwandlungen von Park- in Grünflächen, Parkverbot für Studierende, die in den Studentenwohnheimen und in der Nachbarschaft leben, drastische Anhebung der Parkgebühren, Förderung der Fahrgemeinschaften, Erstattung von Taxikosten an Mitglieder von Fahrgemeinschaften, die Überstunden machen.

Nach diesen Zugeständnissen und Vorleistungen der Universität genehmigte dann im September 1990 der "Board of Zoning Adjustment" einstimmig den Hochschulentwicklungsplan, verkürzte aber gleichzeitig die geplante 20jährige Geltungsdauer auf zehn Jahre.

Insgesamt wird deutlich, wie groß der Einfluß von Bürgerinitiativen auf den Hochschulentwicklungsplan war. Nach Aussage des Sprechers einer der Initiativen mußte die Universität einen Lernprozeß durchmachen, der dort ansetzte, wo das Selbstverständnis der Hochschule und die Wahrnehmung der Bürger auseinanderklafften. Die von der Hochschule zugesagten zusätzlichen Investitionen, insbesondere für den Wohnheimneubau, werden für die nicht unvermögende Universität Georgetown und ihren weltweiten Förderkreis verkraftbar sein; ob andere Hochschulen dazu in der Lage wären, erscheint fraglich. Auf jeden Fall zahlt die Universität für die Disziplinlosigkeiten einiger der 1.000 Undergraduates außerhalb des Campus einen hohen Preis.

Georgetown ist nicht Amerika, aber kein Einzelfall. Ähnliche Probleme ergaben sich auch bei anderen Universitäten, die inmitten von bevorzugten Wohnquartieren liegen (z.B. The American University in Washington, DC). Es trifft beispielsweise auch auf die Boston University zu. Hier dauerte die Verabschiedung eines Masterplans vier Jahre. Inzwischen hat diese Hochschule organisatorische Maßnahmen getroffen, um die Beziehungen zur Stadt und den "Community Groups" zu verbessern. Innerhalb der Hochschulleitung wurde ein Verantwortlicher für die Pflege der Beziehungen zur Stadt Boston bestimmt. Für die Kontakte zum Stadtteil und seinen 26 Bürgerinitiativen ist ein mit zwei Universitätsangestellten besetztes Sonderbüro zuständig. Der Leiter dieses Büros ist Pädagoge und versteht sich als Ombudsman für die Wohnbevölkerung. Er ist bei allen Bewohnern des Stadtteils persönlich bekannt. Die Medien berichten ständig über seine Arbeit. Er begleitet die Polizei auf ihren Streifenfahrten, um Probleme mit Studierenden vor Ort zu regeln, und besitzt genaue Kenntnisse über den Drogenhandel im Stadtquartier.

Vergleichbar mit Georgetown hat auch die Boston University ein "Community Outreaching Program" mit sozialen, pädagogischen und Fortbildungspro-

grammen. Ein sog. "Community Day" mit einem breiten kulturellen, sportlichen und gastronomischen Angebot gehört ebenfalls zu den festen Bestandteilen des Dialogs mit den Bewohnern. Ihr Wohlwollen versucht man sich außerdem durch die Gewährung von zehn Stipendien an Jugendliche des Stadtbezirks und durch die Bereitstellung einer großen Anzahl von Freikarten für kulturelle und sportliche Universitätsveranstaltungen zu erhalten.

Trotz dieses Engagements ist die Resignation des "Community office" deutlich spürbar; denn auch hier ist das undisziplinierte Verhalten der nicht auf dem Campus wohnenden Studierenden (rd. 10.000 Undergraduates) das Hauptproblem, das alle vertrauensbildenden Ansätze wieder zerstört. Die Hoffnung auf eine baldige Verbesserung des Klimas ist gering, da sich die Universität beim Wohnheimbau passiv verhält. Gleichzeitig wandelt sich der Charakter des bevorzugten Wohngebiets zum Zorn der Anwohner. Makler kaufen zunehmend Privathäuser auf und bauen sie mit hohem Gewinn in Studentenwohnhäuser um. Die Verdrängung der traditionellen Wohnbevölkerung wird mit großer Sorge, aber ohne echte Abwehrmöglichkeiten verfolgt. So ist es sehr wahrscheinlich, daß die Vorlage des nächsten Hochschulentwicklungsplans der Boston University wiederum langwierige Auseinandersetzungen mit den Bürgerinitiativen bringen wird.

#### 4 "Crime on Campus"

Zu Beginn des Studienjahres 1990 berichteten die amerikanischen Medien täglich über die Kriminalität in den amerikanischen Hochschulen. Insbesondere die Ermordung von fünf Studentinnen auf dem Campus einer angesehenen Hochschule in Florida erregte und entsetzte die Bevölkerung. Aber auch von vielen anderen Hochschulen wurden schwere Straftaten berichtet. Um den guten Ruf ihrer Hochschulen besorgte Universitätspräsidenten schilderten öffentlichkeitswirksam die umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen, die bereits auf dem Campus getroffen worden waren bzw. gerade eingeführt wurden. Auch die Gesetzgebung wurde bemüht; die Universitäten werden bald eine jährliche Kriminalstatistik veröffentlichen müssen. "Crime on Campus" beschäftigt die Hochschulen jedoch schon seit längerer Zeit. Das enge Netz von Notrufsäulen auf vielen Hochschulgeländen, vergitterte Erdgeschosse in Studentenwohnheimen und der lange Katalog von Vorsichtsmaßnahmen und Vorschriften in allen Hochschulbroschüren sind deutliche Anzeichen.

Probleme mit der Kriminalität entstehen in verschärftem Maß, wenn Universitäten unmittelbar an Slumgebiete angrenzen. Hier ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den mit hoheitlichen Befugnissen ausgestatteten Sicher-

heitskräften der Universität und der Polizei der jeweiligen Städte geboten. Da sich im Herbst 1990 im Umfeld der Ohio State University in Columbus die z.T. schweren Überfälle auf Studenten drastisch erhöht hatten, wurde sogar zusätzlich von der Universität, der Stadt und dem Staat Ohio eine Sondereinheit der Polizei eingesetzt, die "Community Crime Patrol".

Angesichts der unübersehbaren sozialen Spannungen, die zwischen arbeitslosen Jugendlichen (häufig aus den Minoritäten kommend) und den Studierenden bestehen, wird das Problem der aggressiven Kriminalität in den Städten und den Hochschulen bestehen bleiben. Zur Öffnung der Hochschulen ihren Städten gegenüber gehört aber auch die Kooperation in der Wiederbelebung angrenzender Slumgebiete. So wird sich die Yale University mit 10 Mio. Dollar an einem kommunalen Projekt für die Sanierung eines benachbarten Stadtquartiers beteiligen. Dies ist die höchste Summe, die eine amerikanische Universität bislang für ein derartiges Projekt zur Verfügung gestellt hat. Sicherlich könnten auch andere Universitäten mindestens über die Bereitstellung von Fachwissen den Städten helfen und damit einen Beitrag zur Ursachenbekämpfung der Kriminalität leisten.

## 5            **Fazit**

Viele der von uns besuchten, insbesondere die traditionsreichen Hochschulen haben große Probleme, sich von der Universitätsidee Thomas Jeffersons als eines in sich abgeschlossenen "Academical Village" zu lösen und sich um ein offeneres Verhältnis zu ihren Städten und den Bürgern zu bemühen. Die demütigende und vielleicht auch teure Zwangskooperation von heute, insbesondere bei der Beratung und Durchsetzung der Hochschulentwicklungspläne, muß durch eine partnerschaftliche Kooperation ersetzt werden. Für die Städte gilt es, das Wissenschaftspotential und die wirtschaftliche Kraft der Hochschulen zu nutzen. Die Hochschulen werden erkennen müssen, daß das beste und teuerste Hochschulmarketing ins Leere läuft, wenn das städtische Umfeld unattraktiv ist oder die Bürger die bauliche Erweiterung verhindern. Von einem gelungenen Lernprozeß wird man spätestens dann sprechen können, wenn die Bewertung der Qualität der Beziehungen Stadt-Universität Einzug in die Rankinglisten gehalten hat.

### Anschrift des Verfassers:

Günter Koch  
Studentenwerk Göttingen  
Platz der Göttinger Sieben Nr. 4  
3400 Göttingen